



***Jetzt handeln!  
Zusammenhalt, Solidarität und  
Mitbestimmung in Europa  
und im Dreiländereck stärken!***

**Strategie- und Aktionsplan des Interregionalen  
Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße 2016-2018**

Verabschiedet am 21.05.2016  
von der Gemeinsamen Konferenz des IGR Elbe-Neiße

## **Jetzt handeln! Zusammenhalt, Solidarität und Mitbestimmung in Europa und im Dreiländereck stärken!**

Der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR) Elbe-Neiße setzt sich seit über 20 Jahren für eine solidarische Entwicklung des Grenzraums in der Europäischen Union ein. Er lebt die Idee des Ausgleichs und des Zusammenhalts der Nachbarländer und Nachbarregionen. Seit seiner Gründung im Jahr 1993 hat sich der IGR als soziales Gewissen profiliert und zum Zusammenwachsen des gemeinsamen Grenzraums beigetragen.

Der Zusammenhalt in Europa ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, die einseitige Kürzungspolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die mangelhafte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingskrise gefährdet.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in vielen Ländern geführt. Kürzungen bei Investitionen, Bildung, sozialer Sicherheit, Löhnen und Gehältern insbesondere in den südlichen Ländern, haben den Menschen sichere Lebensperspektiven genommen. Besonders dramatisch ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die Zunahme von prekärer Beschäftigung in fast allen Ländern der EU trägt zur Unsicherheit der Menschen bei.

In den vergangenen Monaten hat es über die europäischen Grenzen eine hohe Zuwanderung von Menschen gegeben, die in der EU Schutz vor Krieg und Zerstörung in ihren eigenen Ländern suchen. Viele dieser Asylsuchenden riskieren ihr Leben auf der Suche nach friedlichen Lebensumständen, in denen sie als Menschen respektiert werden.

Die Delegierten des EGB Kongresses haben am 30.09.2015 in Paris nachdrücklich alle Maßnahmen verurteilt, die die menschliche Würde, die Menschenrechte oder die körperliche Unversehrtheit dieser Menschen gefährden. Der EGB unterstützt die fundamentalen europäischen Werte wie Respekt vor dem menschlichen Leben und der Menschenwürde und bekämpft populistische und fremdenfeindliche Einstellungen. Das Eintreten für diese Werte muss in Form konkreter Maßnahmen erfolgen. Zu diesem Zweck ist eine echte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung dieser Herausforderungen wichtig.

Alle Menschen haben das Recht auf Schutz, wirtschaftliche Sicherheit, Religionsfreiheit, politische Freiheit und Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Bildungswesen in einer Gesellschaft, die diese Freiheiten schützt. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten dafür sorgen, dass es wieder ein adäquates Angebot an qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten für alle gibt. Priorität sollten dabei Dienstleistungen haben, die den sozialen Zusammenhalt sichern, z.B. Beschäftigung und Wohnen.

Mit ihren 60 Millionen Mitgliedern bleibt die europäische Gewerkschaftsbewegung ein Bollwerk gegen jede Form von Intoleranz und wird sich weiterhin für eine humanitäre Antwort auf diese humanitäre Krise einsetzen.

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße ist Teil des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Er ist dem Gleichheitsgrundsatz verpflichtet und bekämpft grenzüberschreitend jegliche Art der Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Geschlechts, der Religion etc. Die Integration in Ausbildung und in den Arbeitsmarkt muss diesen Grundsätzen folgen.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss für alle gelten und umgesetzt werden.

In diesem Sinne wird der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße die Integration von Flüchtlingen und Migranten aus Drittstaaten, wie beispielsweise aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten, der Ukraine, Vietnam etc. unterstützen.

Um zukunftsfähige Beschäftigung für alle Menschen zu schaffen und die soziale Spaltung in Europa zu überwinden, setzen sich die Gewerkschaften in Europa und im Dreiländereck für ein Investitionsprogramm ein. Dabei muss sich die Europäische Union auf sozialen Fortschritt verpflichten. So könnte die Europäische Union zur treibenden Kraft für soziale Gerechtigkeit in Europa werden.

Die Fokussierung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer auf das wirtschaftsliberale Credo hat sich weiter verschärft. Zum Standardkatalog gehören:

- Anhebung des Rentenalters und Kürzung von Renten,
- Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt und Aushöhlung des Kündigungsschutzes,
- Einschränkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte,
- Kapitalisierung der Systeme der sozialen Sicherheit,
- Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

Europa muss den Eingriffen in die soziale Sicherung, die sozialen Grundrechte und Gewerkschaftsrechte etwas entgegensetzen. Ansonsten droht ein Unterbietungswettlauf um den geringsten Sozial- und Beschäftigungsschutz. Im schlimmsten Fall droht das Erstarken von extremistischen Einstellungen in Europa und im Grenzraum. Dem werden wir weiterhin grenzüberschreitend entschieden entgegentreten.

Die Gewerkschaften stehen für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Wir sind unserem Grundsatz der Solidarität verpflichtet. Unser Ziel ist die Sicherung von guten Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen, von freiwilliger fairer Mobilität und hoher sozialer Sicherheit in allen Regionen Europas. Damit verbinden wir wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Zielstellungen und Handlungsfelder.

Zur Gestaltung eines sozialen Europas arbeitet der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße mit den nationalen Gewerkschaftsbündeln und ihren Gliederungen sowie dem Europäischen Gewerkschaftsbund eng zusammen.

### Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund,
- Unterstützung der Kampagnen des EGB zur Sicherung von Menschen-, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten,
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament,
- Stärkung der Position der Interregionalen Gewerkschaftsräte gegenüber der Europäischen Kommission,
- Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Geschlechts, der Religion etc.,
- Bekämpfung von Intoleranz und des Extremismus durch gemeinsame Aktionen.

## Strukturpolitik

Im Vertrag von Lissabon verpflichten sich die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf eine Politik des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Ziel der europäischen Strukturpolitik ist die Entwicklung der Union als Ganzes durch die Verringerung der bestehenden Unterschiede des Entwicklungsstandes der einzelnen Regionen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Unterschiede zwischen den Regionen in den letzten Jahren wieder vergrößert. Mit der Europa 2020 Strategie soll in den Regionen intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum gefördert werden. Bis zum Jahr 2020 sollen in den folgenden Handlungsfeldern Verbesserungen erreicht werden:

- Erhöhung der Beschäftigungsquote
- Erhöhung des Anteils der Ausgaben für Forschung und Innovation
- Klimawandel und Energie (Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energien, Energieeffizienz)
- Bildung (Senkung der Schulabbrecherquoten, Erhöhung Anteil der Hochschulabgänger)
- Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Die Europäischen Strukturfonds werden in der Förderperiode 2014-2020 auf diese Ziele konzentriert. Im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien besteht in

diesen Handlungsfeldern akuter Handlungsbedarf. Defizite bestehen insbesondere bei den Beschäftigungsquoten, der Innovationsfähigkeit und FuE-Kapazitäten der Unternehmen, der Aus- und Weiterbildung sowie der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Um das Dreiländereck insgesamt als Wirtschafts- und Arbeitsraum weiterzuentwickeln, fordert der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße bereits seit einigen Jahren die Erarbeitung von umfassenden Regionalentwicklungskonzepten. Dabei sprechen wir uns für eine enge Verknüpfung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus. Die Einhaltung und Durchsetzung von bestehenden Arbeits- und Sozialstandards ist für uns eine Pflicht.

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss als politisches Steuerungsinstrument genutzt werden und Arbeits-, Sozial- und Umweltdumping ausschließen. In die Vergabegesetze müssen Klauseln zur Einhaltung von Tarifverträgen, Mindestlöhnen und ILO-Normen aufgenommen werden. Dafür sollten die Handlungsmöglichkeiten der EU-Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe voll ausgeschöpft werden. In Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie verpflichtet der europäische Gesetzgeber die Mitgliedsstaaten zu Regelungen, die die Einhaltung der jeweiligen nationalen umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlicher Verpflichtungen in allen Phasen der öffentlichen Auftragsvergabe sicherstellen. Mit dieser Verpflichtung wird die Verankerung sozialer Kriterien in der öffentlichen Auftragsvergabe ausdrücklich gestärkt und auf europäischer Ebene ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Die Mitgliedsstaaten der EU und die Bundesländer in Deutschland werden aufgefordert, die Möglichkeiten zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in nationales und in Länderrecht umfassend und verbindlich umzusetzen.

Ein wichtiges Thema in den kommenden Jahren wird die weitere Digitalisierung der Produktion und der Arbeitswelt sein. Die Arbeitsbedingungen und die Qualifikationsanforderungen werden sich grundlegend ändern. Die Gewerkschaften betrachten die Gestaltung der Arbeit 4.0 im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als einen Handlungsauftrag.

In den Grensräumen müssen interregionale strukturpolitische Strategien entwickelt und umgesetzt werden, die das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung verfolgen. Eine moderne interregionale Strukturpolitik braucht umfassende grenzüberschreitende Regionalentwicklungskonzepte im Dreiländereck, welche unter anderem die Entwicklung der Wirtschaftsbranchen, des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, die demographische Entwicklung sowie Aspekte der Sozialraumplanung umfassen. Dabei müssen die Sozialpartnerorganisationen einbezogen werden.

Zur Beteiligung der Sozialpartner fordern wir die Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses aus Vertretern der Regierungen, der Gewerkschaften und Arbeitgeber. Dieser soll zur kontinuierlichen Erörterung grenzüberschreitender Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven, zur Entwicklung konkreter Ziele, zur Evaluierung der Ergebnisse und Anpassung der Strategien dienen. Das Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien kann damit eine Voreiterrolle in Europa einnehmen, indem es vor Ort, sozialpartnerschaftlich und grenzüberschreitend zur konkreten Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ beiträgt.

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße ist davon überzeugt, dass die Befürworter der Europäischen Grundwerte an einem Strang ziehen müssen. In Zeiten, in denen über Renationalisierung, Abschottung und die Einführung von Grenzkontrollen geredet wird, setzen sich die Gewerkschaften für ein freies und offenes Europa ein.

Das Recht auf Freizügigkeit ist ein hohes Gut und unter der Schließung der Grenzen würden insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden. Die Grenzregionen würden erneut an die Peripherie der Nationalstaaten gedrängt, Wertschöpfungsketten gekappt, die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Bildungs- und Kulturaustausch erschwert. Kurzum würden die Grenzregionen ihre zentrale Aufgabe für das Zusammenwachsen der EU vor Ort verlieren.

#### Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Unterstützung des sozialen Dialogs im Grenzraum,
- Stärkung regionalpolitischer Ansätze in den Haushaltsdebatten der EU und der Länder,
- Mitbestimmung bei der Ausgestaltung der EU-Strukturfonds,
- Wissensaustausch und Entwicklung von Initiativen zum Vergaberecht,
- Monitoring der Fördermittelvergabe in Zusammenhang mit Einhaltung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten (Gute Arbeit, Tariftreue, Sonderwirtschaftszonen etc.).

### **Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen**

Die Kürzungspolitik in der Europäischen Union hat die Finanzsituation der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter verschärft. Die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen wurde weiter vorangetrieben. Einrichtungen der staatlichen und kommunalen Daseinsvorsorge werden zunehmend aus dem öffentlichen Sektor ausgegliedert: Post und Telekommunikation, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe, Krankenhäuser, Sicherheits-

dienste etc. Das hat Auswirkungen sowohl auf die Qualität, Zugänglichkeit und Preise der Dienstleistungen, als auch auf die Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen in den Unternehmen.

Während den Krisenländern die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen als Bedingung für Finanzhilfen vorgeschrieben wird, werden in anderen Ländern bereits die negativen Auswirkungen der Privatisierung z.B. bei der Wasserversorgung offensichtlich. Diese negativen Privatisierungserfahrungen müssen zu einem Umdenken führen.

Wir als Gewerkschaften halten öffentliche Dienstleistungen aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für unverzichtbar und für den Zusammenhalt der Regionen in Europa notwendig. Sie müssen eine hohe Qualität haben, für alle zugänglich und bezahlbar sein.

#### Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Unterstützung der europaweiten Aktivitäten des Europäischen Gewerkschaftsbundes,
- Gegenseitige Information über Finanzreformen, die Sozial- und Steuerpolitik in den drei Ländern,
- Sektoraler Dialog zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen (z.B. Krankenhäuser).

### **Beschäftigungspolitik**

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Union, insbesondere in den südeuropäischen Ländern, rapide gestiegen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien, Griechenland und Portugal ist nicht hinnehmbar.

Gerne werden Länder wie Deutschland mit einer relativ geringen Arbeitslosigkeit als Vorbild herangezogen. Dabei wird jedoch übersehen, dass die Prekarisierung der Beschäftigung weiter vorangeschritten ist. Sowohl in Deutschland als auch in Polen und Tschechien hat sich der Trend zu unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit verstärkt. Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs, Scheinselbstständigkeit, zivilrechtliche Verträge und weitere Formen prekärer Beschäftigung haben zugenommen.

Diese prekären Beschäftigungsformen betreffen zunehmend auch mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bezogen auf die Europäisierung der Arbeitsmärkte braucht die Strategie Europa 2020 eine klare soziale Ausrichtung für ein Europa mit gerechten Arbeitsstandards, mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ein Bekenntnis für gute und menschenwürdige Arbeit. Zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss Mobilität freiwillig sein und fair geregelt werden.

Die Gewerkschaften stellen das Arbeitsortprinzip nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ und das Konzept der „Guten Arbeit“ bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in den Vordergrund. Der Wettbewerb zwischen Unternehmen darf nicht zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen werden, indem er zu einer Abwärtsspirale bei den Arbeits-, Sozial- und Lohnstandards führt. Die bestehenden Standards müssen für alle Beschäftigten, gleich welcher Herkunft gelten.

Die Gewerkschaften halten an ihrer Forderung fest, dass im Konfliktfall soziale Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben müssen. Die Entsenderichtlinie muss entsprechend ihrer ursprünglichen Ausrichtung wieder zum Mindeststandard werden, der nationale Tarifsysteme respektiert. Die Kontrollen am Arbeitsort müssen ausgebaut und dürfen keinesfalls durch ein Herkunftslandsprinzip oder einen abgeschlossenen Katalog eingeschränkt werden.

Im Dreiländereck hat das Interesse an einer grenzüberschreitenden Beschäftigung deutlich zugenommen. Da nach wie vor Unterschiede in der Entlohnung sowie den Arbeits- und Sozialstandards direkt aufeinandertreffen, ist es eine zentrale Herausforderung, die Arbeitnehmermobilität unter fairen Bedingungen zu gestalten.

Dazu wurden und werden von den Arbeitsverwaltungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern im Rahmen der EURES-TriRegio Information, Beratung und Vermittlung angeboten. Die EURES-TriRegio hat sich als zentraler Ansprechpartner für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitsuchende und Arbeitgeber etabliert. Die Europäische Kommission und die zuständigen nationalen Ministerien werden aufgefordert, die EURES-Grenzpartnerschaften auch in Zukunft finanziell zu unterstützen und ihnen keine weiteren formalen Hürden in den Weg zu stellen.

Die Mitgliedstaaten und Regionalregierungen werden aufgefordert, gemäß der Richtlinie 2014/54/EU zur Erleichterung der Freizügigkeit spezifische Informations- und Beratungsangebote für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereitzustellen oder entsprechende Angebote der Gewerkschaften finanziell zu fördern.

Zum Schutz von mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Unternehmen vor Dumping und unfairem Wettbewerb muss mit effektiven Kontrollen die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards am Arbeitsort für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gleich welcher Herkunft sichergestellt werden.

Die ins Ausland vermittelnden Arbeitsverwaltungen sollten bei der grenzüberschreitenden Vermittlung besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards in den Zielunternehmen legen. Die Vermittlung in Beschäftigung mit sittenwidrigen Löhnen muss selbstverständlich ausgeschlossen werden. Eine öffentliche Förderung der Anwerbung von Beschäftigten aus anderen Ländern in Branchen, die für ihre prekären Arbeits- und Ausbildungsbedingungen einschlägig bekannt sind, wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Bei der Festlegung sogenannter Mangelberufe, die besonders angeworben werden sollen, sind die Sozialpartner mit einzubeziehen.

### Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Aktivitäten zur Durchsetzung von „Guter Arbeit im Dreiländereck“,
- Information und Beratung zu Arbeits- und Sozialstandards in den drei Ländern,
- Aktivitäten zur Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards in der EURES-TriRegion,
- Ausbau der Zusammenarbeit mit den Kontrollbehörden in den drei Ländern,
- Kontinuierliche Beobachtung des Arbeitsmarktes im Grenzraum,
- Grenzüberschreitende Maßnahmen zur Eindämmung von Leiharbeit und Werkverträgen.

## **Jugend und Ausbildung**

In den zurückliegenden Jahren haben viele Jugendliche die Region wegen fehlender Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie niedriger Einkommen verlassen, um in anderen europäischen Regionen Ausbildung und Arbeit zu finden. In Sachsen hat dies im Zusammenspiel mit niedrigen Geburtenzahlen bereits zu einer deutlichen Änderung der Altersstruktur der Gesellschaft geführt. Auch in Tschechien und Polen wird in den kommenden Jahren der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung sinken.

Jugendliche und junge Arbeitnehmer gehören zur mobilsten Bevölkerungsgruppe im Dreiländereck. Die Fachkräfteentwicklung sollte aus Sicht der Gewerkschaften eine grenzüberschreitende und nachhaltige Sichtweise verfolgen. Für die Beschäftigung im Grenzraum müssen die eigenen nationalen Aufgaben bezüglich Erstausbildung,

betrieblicher Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen erledigt werden. Die Abwerbung qualifizierter Arbeitnehmer aus Nachbargebieten wird perspektivisch zu Problemen in diesen Regionen führen, da dort aufgrund der gleichen Schwerpunktbereichen ähnliche Fachkräftebedarfe bestehen.

Experten aus Polen und Tschechien beklagen bereits heute fehlende Fachkräfte in bestimmten Branchen. Sie fürchten einen Rückgang von Investitionen in der Region aufgrund fehlender Fachkräfte. Fachkräftelücken bestehen bereits im Bereich Gesundheitswesen und Pflege aber auch bei Fachkräften in der Industrie. Hinsichtlich der Beschäftigung von ausländischen Fachkräften in Sachsen gehen wir davon aus, dass diese zwar im Einzelfall Fachkräftelücken in Sachsen schließen können, jedoch grundsätzlich von einer Abwerbung von Fachkräften aus den Nachbarländern zugunsten einer nachhaltigen Personalentwicklung im eigenen Land abgesehen werden sollte.

Die Gewerkschaften sprechen sich für eine freiwillige und faire Mobilität von Jugendlichen aus. Sie sollten europaweit die Möglichkeit haben, neue Erfahrungen und Kompetenzen zu sammeln. Der IGR Elbe-Neiße spricht sich aber gegen die Anwerbung von Auszubildenden und jungen Fachkräften aus Südeuropa, Mittelosteuropa oder aus Drittstaaten in prekäre Beschäftigung, unbezahlte Praktika und „schlechte“ Ausbildungsverhältnisse aus. Damit würden Jugendliche in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse gelockt, die ihnen keine Zukunftsperspektive bieten.

Angesichts der demographischen Entwicklung im gesamten Dreiländereck sollten vielmehr grenzüberschreitende Ansätze entwickelt werden, um junge Menschen in der Region zu halten. Durch die Verbesserung der Lebens-, Arbeits-, Ausbildungs- und Entlohnungsbedingungen für junge Menschen könnte die Region sowohl für die Jugendlichen im Dreiländereck als auch für potentielle Zuwanderer aus anderen Regionen an Attraktivität gewinnen und die Bedingungen für deren Beschäftigung sowie Beschäftigungsfähigkeit verbessert werden.

Die einseitige Ausrichtung der Bildung auf den vermeintlichen Bedarf der Arbeitsmärkte und der Unternehmen lehnen wir ab. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, sich ihren individuellen Interessen und Neigungen gemäß für einen Berufsweg zu entscheiden. Dabei sollten sie durch eine qualitativ hochwertige und umfassende Berufsorientierung unterstützt werden.

Die Arbeitsmarktpartnerschaft EURES-TriRegio kann durch spezifische Informationen für Auszubildende und junge Arbeitsuchende, die regional im Dreiländereck bestehenden Perspektiven, Chancen und Risiken transparent machen.

## Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Ausbau der kontinuierlichen Zusammenarbeit der Gewerkschaftsjugend,
- Initiativen zur Umsetzung der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen,
- Begleitung von grenzüberschreitenden Ausbildungsprojekten,
- Austausch zu jugendgerechten Methoden zur Mitgliedergewinnung.

## **Sektorale Vernetzung**

Eine gute grenzüberschreitende Vernetzung der Gewerkschaften ist die Voraussetzung für eine starke grenzüberschreitende Interessenvertretung. Der IGR Elbe-Neiße unterstützt die Gewerkschaften bei ihren grenzüberschreitenden betrieblichen und sektoralen Aktivitäten.

Auf dem Gebiet des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße ist die sektorale Vernetzung der Gewerkschaften und betrieblichen Arbeitnehmervertretungen in den vergangenen Jahren weit fortgeschritten. Im Rahmen dieser sektoralen Aktivitäten haben sich Netzwerke herausgebildet, die sowohl betriebliche als auch struktur- und beschäftigungspolitische Problemstellungen bearbeiten. Der Soziale Dialog hat damit im Grenzraum an Bedeutung gewonnen, muss jedoch stetig weiter ausgebaut werden.

Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse müssen wesentlich die Tarifabschlüsse der kommenden Jahre beitragen. Der begonnene Austausch und die Unterstützung in der Tarifpolitik werden grenzüberschreitend weiter verstärkt.

Verstöße gegen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte werden die Gewerkschaften weiterhin grenzüberschreitend bekämpfen. Sofern dies notwendig ist, werden die schnelle Kontaktaufnahme und die Vor-Ort-Unterstützung vom IGR Elbe-Neiße sichergestellt. Ein wichtiges Augenmerk liegt dabei auf den Sonderwirtschaftszonen in Polen, die sich nicht zu „arbeitsrechtsfreien Zonen“ entwickeln dürfen.

## Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Austausch über die Ziele und Strategien der Tarifpolitik in den Ländern,
- Stärkung und Ausbau der sektoralen Vernetzung im Dreiländereck,
- Vermittlung von Branchenkontakten und betrieblichen Kontakten,
- Grenzüberschreitende Unterstützung zur Einhaltung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte.

IGR  
MRZ  
MEROR



Elbe-Neiße  
Łaba-Nysa  
Labe-Nisa

## Präsidium des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße



### Partner des IGR Elbe-Neiße



[www.sachsen.dgb.de](http://www.sachsen.dgb.de)



[www.soljg.eu](http://www.soljg.eu)



[www.opzz-wroclaw.org.pl](http://www.opzz-wroclaw.org.pl)



[www.cmkos.cz](http://www.cmkos.cz)

**IGR Elbe-Neiße** c/o DGB Bezirk Sachsen | Abt. Europäische Regionalpolitik  
Anna Bernstorf | Schützenplatz 14 | 01067 Dresden | [anna.bernstorf@dgb.de](mailto:anna.bernstorf@dgb.de)  
[www.igr-elbe-neisse.org](http://www.igr-elbe-neisse.org) | [www.meror-labe-nisa.org](http://www.meror-labe-nisa.org) | [www.mrz-laba-nysa.org](http://www.mrz-laba-nysa.org)